

**Rede  
des Parlamentarischen Geschäftsführers**

**Wiard Siebels, MdL**

zu TOP Nr. 3 bis TOP Nr. 16

Erste Beratungen/Abschließende Beratungen

**Rede zu Maßnahmen und Strategien im  
Zusammenhang mit der Corona-Pandemie**

während der Plenarsitzung vom 10.11.2020  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vielleicht erlauben Sie mir als Vorbemerkung, dass ich während des Redebeitrags des fraktionslosen Abgeordneten Wichmann für den Bruchteil einer Sekunde versucht war, ein gewisses Verständnis für Frau Guth zu entwickeln.

Aber, Frau Guth, herzlichen Dank dafür, dass Sie das verhindert haben. Ein solches Verständnis gibt es nicht.

Ich werde die Redebeiträge der Fraktionslosen mal so zusammenfassen: Was Sie hier teilweise - auch in Ihrer Funktion als offensichtliche Hobbywissenschaftler - verbreiten, ist nichts anderes, meine Damen und Herren, als brandgefährlicher Unsinn - um das deutlich zu sagen!

Die Situation, in der wir uns befinden, ist nach wie vor ernst. Ich will das nur an zwei Zahlen deutlich machen. Wir bekommen jetzt von der Regierung - dafür noch einmal meinen herzlichen Dank - täglich einen, wie ich finde, ganz vernünftigen Lagebericht mit den entsprechenden Zahlen, und zwar nicht nur über die Zahl der Infizierten - auch das spielte ja in der Diskussion hier eine Rolle -, sondern auch über die Zahl derjenigen, die tatsächlich ernsthaft erkrankt sind. Diese Zahl steigt weiter. Bei den intensivmedizinisch behandelten Patienten sind das mit Stand von gestern - die aktuellen Zahlen liegen vor, ich habe sie nur noch nicht eingearbeitet; sie steigen aber - 151 Menschen in Niedersachsen, und an den Beatmungsgeräten sind es mit Stand von gestern 94 Menschen. Meine Damen und Herren, das sind Menschen, Bürgerinnen und Bürger des Landes Niedersachsen, die - ich glaube, das darf man so sagen - gerade um ihr Leben kämpfen, und das ist eine wirklich ernsthafte Situation.

Ich glaube, wir dürfen miteinander feststellen, dass der Landtag seit Beginn der Pandemie im März gut und vernünftig arbeitet, dass die Ausschüsse arbeiten, dass wir also keine Parlamentskrise haben, sondern dass zu jedem Zeitpunkt das Parlament mit allen seinen Teilen, mit den Fraktionen und allem, was dazugehört, gut gearbeitet hat. Wir haben videotechnisch aufgerüstet und sind weiter dabei. Ich möchte allen Beteiligten dafür ein ausdrückliches Lob aussprechen. Das Parlament in Niedersachsen ist in allen seinen Teilen handlungsfähig, und das ist gut so.

Seit Beginn dieser Pandemie diskutieren wir aber auch miteinander, wie wir parlamentarische Abläufe unter dem Eindruck einer solchen Pandemielage zunächst organisieren und dann verbessern können. Ich will darauf hinweisen, dass wir zahlreiche Maßnahmen zur - wie das gelegentlich genannt wird, auch wenn ich den Begriff für höchst unglücklich halte - Parlamentarisierung von solchen Entscheidungsprozessen ergriffen haben. Wir haben den Sozialausschuss zu einem Sozial- und Corona-Ausschuss aufgewertet. Es werden regelmäßig die Parlamentarischen Geschäftsführer aller Fraktionen und

die Fraktionsvorsitzenden aller Fraktionen eingeladen. Bei der Fraktion der Grünen bedeutet das beispielsweise, dass 25 Prozent ihrer Fraktionsmitglieder - also überproportional viele; einen solchen Anteil am Gesamtparlament haben Sie hier gar nicht - in diesem Ausschuss vertreten sind.

Und nur, weil ich die lauteste Kritik in Bezug auf Parlamentsbeteiligung ehrlicherweise immer aus den Reihen der FDP höre: In den vergangenen Monaten hatten wir insgesamt - die Zahl ist mittlerweile nicht mehr ganz so aktuell, weil es ja zwischenzeitlich, meine ich jedenfalls, in der letzten Woche wieder eine Sitzung gegeben haben dürfte - 23 Sitzungen dieses Sozial- und Corona-Ausschusses. Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion hat an keiner davon teilgenommen, und der Fraktionsvorsitzende an genau vier. - So viel vielleicht zur von Ihnen betriebenen Parlamentsbeteiligung, meine Damen und Herren!

Wir haben X Regierungserklärungen hier im Parlament entgegengenommen. Ich meine, dass das heute die erste Sitzung des Niedersächsischen Landtages seit Beginn der Pandemie ist, in der wir keine Regierungserklärung mit ausführlicher anschließender Aussprache entgegennahmen. Wir haben einen Sonderausschuss Corona gegründet und auf den Weg gebracht. Der ist bereits konstituiert. Wir haben in unzähligen Ausschüssen Unterrichtungen entgegengenommen und diskutiert. Wir haben Ausschussräume und auch den Plenarsaal zum Schutz vor der Verbreitung von Infektionen aufgerüstet: mit Glasscheiben, mit Videotechnik usw. Wenn man genau nachguckt, gibt es bei NILAS im Landtagsinformationssystem - dort kann man das eingeben - auf die Anfrage „Corona“ 1.307 Treffer in 467 Vorgängen und 880 Dokumenten. Wer kann dann ernsthaft zu dem Schluss kommen, dass dieses Parlament sich nicht ausreichend mit dem Thema Corona befassen würde, meine Damen und Herren?

Und dann gibt es - das ist ja der weitestgehende Ansatz - die Frage, ob wir tatsächlich bei der Ermächtigungsgrundlage, die aus Berlin kommt, beim Bundesinfektionsschutzgesetz über den Artikel 80 unseres Grundgesetzes als Parlament die Verordnungsgewalt von der Regierung auf das Parlament ziehen. Es gibt - meine ich jedenfalls - mit Stand von heute eine einzige solche schon in Kraft getretene Regelung, und zwar in Baden-Württemberg. Übrigens ist es dort so geregelt, dass das Parlament die Gewalt zunächst auf sich zieht, um sie dann wieder an die baden-württembergische Landesregierung zu delegieren, weil man genau weiß, dass ein dynamisches Infektionsgeschehen kurzfristiger Regelungen und keiner langwierigen Gesetzgebungsprozesse bedarf, meine Damen und Herren.

Vor dem Unterschreiben der Verordnung haben wir angeboten - das ist das neue Angebot; es hat ja ein Gespräch zwischen den Fraktionsvorsitzenden und den Parlamentarischen Geschäftsführern der Fraktionen geben; die Vereinbarung, die

das ausgestalten soll, ist Ihnen gestern zugegangen -, dass dem Sozial- und Corona-Ausschuss auch die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden soll. Ich würde mir wünschen, dass wir das in der Zukunft auch so handhaben. Ich halte das für eine weitere Verbesserung bei der Parlamentsbeteiligung.

Dann haben wir angeboten - das findet heute ja aus meiner Sicht in etwas abgewandelter Form auch statt -, dass wir in dem jeweiligen Plenum einen Sonderpunkt auf die Tagesordnung setzen. Das ist der Grund, warum wir heute über diese vorliegenden Anträge diskutieren.

Und parallel, Herr Dr. Birkner, fordern Sie trotzdem eine Regierungserklärung ein. Das ist wirklich schwer zu verstehen, meine Damen und Herren, weil ja genau unter diesem Tagesordnungspunkt die Aussprache an dieser Stelle stattfinden soll.

Wir haben Ihnen einen Vorschlag für eine Vereinbarung übersandt. In einem solchen Rahmen sind wir auch gerne bereit, hier sofortige Abstimmungen zu den Anträgen herbeizuführen.

Zu dem, was uns jetzt an Anträgen vorliegt: Wenn ich richtig gezählt habe, ist es einer der FDP, der aus meiner Sicht tatsächlich auch so ausführlich ist, dass er eine Ausschussberatung verdient hat - übrigens enthält er als letzten Punkt wieder den Hinweis auf Artikel 80; dazu ist unsere Position, glaube ich, jetzt hinreichend bekannt -, und zu den elf Anträgen der Grünen hat Herr Nacke ja inhaltlich schon eine ganze Menge gesagt.

Ich stelle nur fest - weil Sie immer unterstellen, dass wir uns nicht positionieren wollen -: Unsere inhaltlichen Positionen zur Corona-Politik in Niedersachsen finden Sie nachzulesen in der Corona-Verordnung dieser Landesregierung, meine Damen und Herren. Das ist unsere inhaltliche Linie zu dieser Frage! Und, ehrlich gesagt: Ihre inhaltliche Linie weicht ja gar nicht so besonders weit davon ab. Ich kann in Ihren Anträgen - bei all den etwas schwammigen Formulierungen - nicht finden, dass Sie ernsthaft beantragen, mit Stand von heute die Gastronomie in Niedersachsen wieder zu öffnen. Sie schreiben sinngemäß, für zukünftige Infektionsgeschehen müsse man das mal prüfen.

Also, mit anderen Worten: *Sie* sind gefordert, an dieser Stelle ernsthaft Farbe zu bekennen. Der einzige Punkt, an dem Sie das hier gerade klarmachen konnten - Herr Nacke hat das dann ja auch noch einmal ergänzt -, sind tatsächlich die Freiflächen in Zoos. - Wenn das alle Änderungen sind, die Sie bezüglich der Corona-Politik in Niedersachsen vorzubringen haben, meine Damen und Herren, dann ist das allerdings reichlich dünn - um das deutlich zu sagen.

Meine Bitte in Bezug auf die Diskussionen über die Parlamentarisierung ist, die Kirche im Dorf zu lassen, meine Damen und Herren. Am 23. April spricht die FDP

hier im Niedersächsischen Landtag über „Notverordnungen“ - vielleicht wohl wissend, welchen historischen Bezug man da herstellen könnte. Am 23. April spricht die FDP hier im Landtag von „Parlamentsverzweigung“. Und ein anderer prominenter FDPler, Mitglied im Deutschen Bundestag, postet auf seinem Facebook-Account ein Foto des Deutschen Reichstages von 1927.

Im Text findet sich dann der Hinweis: Wenn die Söders und Lauterbachs dieser Welt und viele ihrer Kollegen das Ignorieren des Parlaments und die Aufhebung von Grundrechten damit rechtfertigen, dass man in Krisensituation nicht auf das Parlament warten könne und rasch entschieden werden müsse, entlarvt dies ein beängstigendes Demokratiemisstrauen.

Weiter heißt es: Wer eine Pandemie nicht mit Augenmaß und verhältnismäßigen Maßnahmen bekämpft, sich nicht in besonderer Weise um wirklich gefährdete Personengruppen kümmert, sondern pauschal Freiheitsrechte beschneidet und die Grundwerte unserer Demokratie - man höre und staune - auf dem Altar von Alarmismus opfert, hat aus der Geschichte wenig gelernt.

Meine lieben Freidemokraten in Niedersachsen, es wäre angemessen, sich von einem solchen Foto im Zusammenhang mit solchen Posts Ihrer eigenen Parteifreundinnen und -freunde zu distanzieren.

Ich bitte Sie inständig: Lassen Sie an dieser Stelle die Kirche im Dorf! Wir haben eine Vereinbarung vorgelegt, wie wir die weitere Beteiligung von Parlament und übrigens insbesondere der Opposition in Niedersachsen vernünftig und mit Augenmaß regeln können.

Lassen Sie uns das sachlich weiter diskutieren! Wir werden eine Übereinkunft finden. Aber reden Sie zu einer Gesundheitskrise, meine Damen und Herren, keine Parlamentskrise in Niedersachsen herbei! Wir haben sie nicht.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.